

Eine schönen Abend wünscht Barbara Schieder.

Während sich der ukrainische Präsident von Polen weitere militärische Unterstützung zusagen lässt, berät die NATO über die zunehmend als Bedrohung wahrgenommene Rolle der Chinas im Konflikt mit Russland. In China werben der französische Präsident und die Präsidentin der EU-Kommission gleichzeitig für die eigene Sache und um den Machtkampf zwischen China und den USA im Südpazifik geht es heute im Journalpanorama, die Salomoneninseln stehen da im Mittelpunkt. An der Neutralität will man in Österreich nicht rütteln neue Bedrohungsszenarien erfordern, aber zumindest eine neue Sicherheitsdoktrin. Darin ist sich die Opposition mit der Regierung einig. Nach Zusammenstößen zwischen der israelischen Polizei und palästinensischen Gläubigen in Jerusalem droht die Lage zu eskalieren.

In Kärnten wurde heute die Neuauflage der rot-schwarzen Koalition besiegelt, eine Nachhaltigkeitskoalition soll es sein. Und wenig Neues gibt es beim Wetter zumindest für jene, die auf mildere Temperaturen hoffen. Simon Köldaffer.

Mit knapp zwölf Grad ist es heute in Innsbruck am mildesten geworden, damit sind die Temperaturen

in ganz Österreich unterdurchschnittlich geblieben und so geht es auch weiter. Die heutige Nacht wird bei meist klarem Himmel und schwachem Wind wieder verbreitet frostig. Der Gründonnerstag startet also eiskalt, aber oft sonnig. Nach ein paar Sonnenstunden bilden sich morgen einige Quellwolken, es bleibt jedoch wieder trocken. Die Höchstärte liegen bei meist 6-13 Grad, dazu kommt wieder kalter Nordwind. Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyy ist heute zu Besuch

bei einem seiner engsten Verbündeten gegen den russischen Aggressor Polen. Das Land hat die mit Abstand meisten ukrainischen Vertriebenen seit Kriegsbeginn vor mehr als einem Jahr aufgenommen und auch wenn die Unterstützung der polnischen Bevölkerung einiges abverlangt hat Präsident Andrzej Duda seinem ukrainischen Gast heute weitere Militärhilfe zugesichert.

Karin Koller berichtet. Es ist ein symbolträchtiger Besuch, der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyy in Polen. In dem Land, das innerhalb der EU sicherlich der größte Unterstützer der Ukraine seit Kriegsbeginn ist. Dabei haben die beiden Länder schwierige historische Beziehungen. Der ukrainische Präsident bedankt sich für die Brüderlichkeit und die echte

Freundschaft. Die Ukrainer werden den Menschen in Polen nie vergessen, wie herzlich sie 1,6 Millionen

ukrainische Vertriebene aufgenommen haben, sagt Zelenskyy. Zuvor hatte Polens Präsident Andrzej Duda den Gast aus Kiew mit dem höchsten polnischen Orden und dem weißen Adler geehrt, für Verdienste

um die polnisch-ukrainischen Beziehungen und den Einsatz für die Menschenrechte, so Duda. Polen sichert, der Ukraine auch weitere Militärhilfe heute zu. Während die meisten NATO-Staaten ja noch zögern, der Ukraine dringend benötigte Kampfjets bereitzustellen, hat Polen schon die ersten acht, mit 29 aus eigenem Bestand in die Ukraine geliefert. Weitere werden in Aussicht gestellt. Polen sei bereits eine gesamte Migflotte, also 30 Stück, an Kiew zu überstellen, sagt Duda heute bei dem Treffen in Warschau. Die NATO-Partner müssten dem aber erst zustimmen. Beim nächsten NATO-Gipfel werde sich Polen so Duda um weitere Sicherheitsgarantien für die Ukraine bemühen. Zwei ist die NATO seit gestern mit Finnland um ein mit Gliedreicher die Rolle Kinas,

insbesondere mit Blick auf Russland, bereitet dem westlichen Verteidigungsbündnis aber zunehmend

Kopferbrechen. Zu den Beratungen in Brüssel waren daher heute auch befreundete asiatische Staaten wie Japan eingeladen, denn die Entwicklungen in der Ukraine könnten auch unerwünschte Auswirkungen

auf andere Krisenherde etwa in Ostasien haben, Robert Zigmund berichtet. Im Konflikt mit Russland steht derzeit auch die Stabilität der Weltordnung zur Disposition, so die NATO-Alierten heute in Brüssel. NATO-Generalsekretär Stoltenberg sagt im Anschluss an die zweite Sitzung vor der Presse, wenn Putin in der Ukraine siegt, sendet das ein gefährliches Signal an andere autoritäre Regime, dass man sich mit Gewalt alles holen könne. Schon jetzt sieht man Moskau und Peking voreinschaftlich verbunden, man sehe chinesische Hilfe etwa im Wirtschaftsbereich aber auch bei der Propaganda. Die rote Linie bleiben nach wie vor Waffenlieferungen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg macht im Anschluss an die Sitzung klar. Jede militärische Hilfe Chinas an Russland wäre ein historischer Fehler mit gravierenden Auswirkungen. In Zeiten wo Peking und Moskau gegen die internationale Ordnung vorgehen, müssen wir noch enger zusammenstehen.

Das Verteidigungsbudget der NATO-Staaten soll künftig mindestens 2 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Dieses Bekenntnis soll von den 31 NATO-Alierten beim im Sommer angesetzten NATO-Gipfel in Litanov Papier gebracht werden. Was die Unterstützung der Ukraine betrifft,

stellt man sich mittlerweile auf einen Marathon ein, so Stoltenberg heute. Man gehe davon aus, dass man der Ukraine noch jahrelang auch militärisch helfen müsse. Frankreichs Präsident Emmanuel

Macron und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sind unterdessen gemeinsam nach China

aufgebrochen. Grundsätzlich sind sich beiden der einig, dass China im Ukraine-Konflikt seinen Einfluss auf Russland nutzen sollte. Während die EU-Kommissionschefin zuletzt aber die ökonomische Unabhängigkeit von China und die Menschenrechtssituation dort im Visier hatte, reist Macron mit einer umfangreichen Wirtschaftsdelegation an. Unterschiedliche Signale, die nicht ganz unproblematisch sind, meint Janka Oertl, Direktorin des Asienprogramms des European Council

on Foreign Relations in Berlin. Ja, das Problem, das daran ist natürlich, ist, dass man damit eine gemischte Botschaft sendet. Und was wir uns fragen müssen in Europa ist, was genau ist die wichtigste

Botschaft, die wir derzeit an China senden wollen? Denn wenn man aus Peking blickt, dann ist ja schon

die Frage, was ist eigentlich das Höchste, das Bedeutendste, das wichtigste Anliegen der Europäer, dass sie uns hier präsentieren wollen, wenn man dann sieht, dass Sanchez aus Spanien nach China gereist ist und vom Multilateralisten muss spricht und davon, dass man Wirtschaftsbeziehungen ausbauen

soll. Wenn Macron mit einer großen Wirtschaftsdelegation kommt und auch über die Frage des Investitionsabkommens noch mal geredet werden soll, dann kann in Peking durchaus auch die Botschaft

ankommen, dass vielleicht die Frage, wie stark China Russland unterstützt, gar nicht die wichtigste

Frage auf der europäischen Agenda ist, wenn man genau hinschaut. Und das vielleicht tatsächlich, auch aus europäischer Perspektive, Ursula von der Leyen, vielleicht nur das Feigenblatt dafür ist, dass man wirklich sagt, na ja, eigentlich sind uns diese politischen Ziele ganz besonders wichtig. Das heißt, ich glaube, es kommt sehr, sehr darauf an, wie diese Botschaft nachher wirklich gesendet wird. Und deutlicher wäre eine politische Botschaft natürlich, wenn sie ohne eine Wirtschaftsdelegation vorgebracht würde. Haben bei dieser Visite Themen wie Demokratie, Meinungsfreiheit und die Menschenrechtssituation

der Uiguren überhaupt Platz? Das wird zu beobachten sein. Ich denke, das wird wenig Platz auf der Agenda dafür sein. Es wird vor allem bei den politischen Fragen um die Situation der Ukraine gehen.

So die Expertin im heutigen Mittagsjournal im Gespräch mit Helene Seelmann. Ein überdenkender Neutralität findet in Österreich politisch keine Mehrheit. Der Bundeskanzler will darüber nicht einmal diskutieren, dass die Sicherheitsdoktrin angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine überarbeitet werden muss, liegt aber für alle auf der Hand. Die gestrige Ankündigung der Regierung findet dementsprechend auch bei der Opposition durchaus Zuspruch. Julia Schumacher berichtet. Die aktuelle österreichische Sicherheitsstrategie ist mehr als zehn Jahre alt. Russland kommt darin ausdrücklich als Partner vor. Einer der Punkte, die überarbeitet werden müssen, findet Neos Wehrsprecher Douglas Hoyos. Die aktuelle Sicherheitsstrategie hat durchaus eine Russland-Affinität, würde ich sagen, die drinnen steht. Russland wird hier als gleichwertiger Partner mit beispielsweise den USA und auch den anderen europäischen Partnern genannt. Und das ist

natürlich nicht mehr zeitgemäß. Ähnlich sieht es auch der Wehrsprecher der FPÖ Volker Reifenberger.

In der jetzigen Situation kann man das auf keinen Fall mehr so stehen lassen. Russland ist momentan

eine kriegsführende Partei. Wir haben uns entsprechend unserer Neutralität neutral zu verhalten, also hier einen sich als politischen Partner zu sehen. Das ist auf jeden Fall nicht mehr zeitgemäß. Russland zeigt kein strategischer Partner Österreichs mehr, sagt auch SPÖ-Wehrsprecher

Robert Leimer und er fordert, wie alle anderen Oppositionsparteien eingebunden zu werden. Wichtig ist uns ein parlamentarischer Prozess, dass es auch einen Ausreißer, den die Kurs im Parlament gibt und dass dieser möglichst wirkt. Bestes wäre ein roter-roter Konsens für eine neue österreichische Sicherheitsstrategie. Das Fachleute und vor allem die Parlamentsparteien eingebunden werden versprechen, die Grünen heute, wehrsprecher David Stück-Müller sagt generell. Wir brauchen eine europäische, eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der europäischen Union und da müssen wir schauen, wie wir im Rahmen der Neutralität entsprechende Adaptierungen durchführen und das gehört in eine moderne Sicherheitsstrategie eingebaut. Auch das ÖVP geführte Kanzleramt lässt wissen, dass die Parlamentsparteien eingebunden werden sollen, mehrere Ministerien sollen unter der Führung des Kanzleramts die Arbeitsgruppe bilden. Die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitsdoktrin begrüßt dem Mittagsjournal auch der langjährige Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktenmanagement und ehemalige Brigadier Walter

Feichtinger. Das schon vor einer breiten Diskussion weiter an der Neutralität in ihrer

aktuellen Form festgehalten wird, kritisiert aber. Als analytiker halte ich das nicht für sehr klug, weil wir einfach die Ergebnisse offen auf die Sache zugehen sollten. Wie macht man denn das normalerweise? Man macht eine Beurteilung der Rahmenbedingungen des politischen Umfeldes und das

hat sich im Radikal verändert. Dann sagt man, was heißt das für Österreich, Auswirkungen auf Österreich und wie kann Österreich diesen Folgen, diesen riesigen Gefahren und Bedrohungen begegnen?

Und erst dann stellt sich die Frage eigentlich, in welchem Rahmen man das am besten macht. Bisher haben wir in hohem Maße auf die Europäische Union gesetzt und das ist zum Beispiel eine Frage, die man stellen muss. Wird das in Zukunft genügen, wenn wir sehen, dass eigentlich der Zug bei fast allen in Richtung NATO fährt? Da haben Sie jetzt den Prozess hin zur Verabschiedung einer neuen Sicherheitsdoktrin eigentlich im Idealtypischen schon skizziert, also eine breite ergebnisoffene Diskussion. Wer sollte bei diesem Prozess eingebunden sein? Das ist natürlich primär einmal eine politische Aufgabe, das ist vollkommen klar, aber es wäre ein großer Fehler, nicht hier auch entsprechende Expertise von anderen beizuholen. Das heißt, alle politischen Parteien, alleine deswegen,

damit man dann einen Konsens hat, der eine längere Zeit hält und nicht bei der nächsten Regierungsbildung schon wieder den Bach hinuntergeht. Und die breite Expertise ist einfach erforderlich, weil wir in einer unglaublich komplexen Zeit leben mit vielen Risiken und Herausforderungen. Wir haben das ja auch im Bereich der Pandemie gesehen und hier ist es erforderlich, Expertise einzuholen und einzubinden. Und da gibt es ja auch entsprechende Formen, die das von sich aus gerne anbieten können. Sagt der Sicherheitsexperte Walter Feichtinger. Kurz vor Beginn des jüdischen Pessach fest ist es, in der Nacht auf heute am Tempelberg in Jerusalem zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften gekommen. Aus dem Gaserstreifen sind wenig später Raketen auf Israel abgefeuert

worden. Die israelische Armee hat ihrerseits mit Luftangriffen reagiert, aus Teller Wief berichtet Tim Kubal.

Israelische Sicherheitskräfte dringen in der Nacht in die Al-Aqsa Moschee ein, setzen Trainengas, Rauchbomben und Blendgranaten ein. Jugendliche Palästinenser, die sich dort verbarrikadieren, wären sich mit Stöcken, Steinen und Feuerwerksraketen. In sozialen Netzwerken kursiert ein Video, das zeigt, wie israelische Sicherheitskräfte auf Menschen am Boden der Moschee einschlagen. Die Bilanz des nächtlichen Einsatzes mehr als 350 Festnahmen, dutzende Verletzte, laut dem Rettungsdienst roter Halbmond, vor allem durch Schläge und Gummigeschoße.

Die israelische Polizei gibt An-Eindringlinge, hätten sich in der Moschee verschanzt, um die öffentliche Ordnung zu stören und die Moschee zu entweihen und zu Hass und Gewalt aufgerufen.

In Reaktionen aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, aber auch aus der Türkei wird der Polizeieinsatz aus Sturm auf die Al-Aqsa Moschee verurteilt, noch heute soll eine Dringlichkeitssitzung der Arabischen Liga stattfinden.

Von einer überschrittenen, roten Linie spricht Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas von einem beispiellosen Verbrechen, die Terrororganisation Hamas in Gaza, nach bekannt werden des Einsatzes

in der Al-Aqsa Moschee schießen Terroristen aus Gaza mindestens zehn Raketen auf Städte im Süden Israels ab.

Die israelische Luftwaffe antwortet in den frühen Morgenstunden mit dem bombardieren militärischen Ziele im Gasesstreifen.

Israel setze sich für die Wahrung der Religionsfreiheit ein, so Premierminister Benjamin Netanyahu in einer ersten Erklärung, er werde es nicht zulassen, dass gewalttätige Extremisten dies ändern.

Immer wieder ist der Tempelberg für Muslime al-Haram-Sharif Schauplatz von Gewalt.

Vor knapp zwei Jahren haben Zusammenstöße auf dem Gelände um die Al-Aqsa Moschee zu einem elftägigen Konflikt zwischen Israel und Gaza geführt.

Wieder einmal scheint sich die Geschichte zu wiederholen.

Deutschland kann aufatmen, die befürchtete Rezession dürfte vorerst abgewendet sein,

so jedenfalls lautet die zuversichtliche Prognose der vierführenden Wirtschaftsinstitute.

Sie gehen sogar von einem leichten Wirtschaftswachstum aus, berichtet Verena Kleitzmann.

Der Winter war milder als erwartet, die Energiepreise sinken wieder, die Lieferkettenprobleme lassen nach.

Es sieht wieder besser aus für die deutsche Wirtschaft, sagt Timo Wollmershäuser vom deutschen IFU-Institut, und zwar so sehr, dass diese heuer entgegen früherer Prognosen sogar leicht wachsen könnte, um 0,3 Prozent.

Damit dürfte der konjunkturelle Rückschlag im Winter halb Jahr 2022, 2023 klimflicher ausgefallen sein, als wir das noch im Herbst befürchtet hatten.

Da waren die Experten noch davon ausgegangen, dass die deutsche Wirtschaft um 0,4 Prozent schrumpfen würde.

Nun könnte sie 2024 sogar um 1,5 Prozent wachsen.

Auch die Inflation scheint sich in Deutschland zu entspannen, allerdings langsamer als erhofft.

Für heuer rechnen die Forscher noch mit einer Teuerungsrate von 6 Prozent statt 6,9 Prozent im vergangenen Jahr.

Nächstes Jahr dann könnte sie aber schon auf 2,4 Prozent fallen.

Die EU-Kommission hat grünes Licht für den in Wien kürzlich beschlossenen neuen Schutzschirm für die Wien-Energie gegeben.

Im Rathaus war diese Maßnahme umstritten.

Rechtlich sei das aber in Ordnung, heißt es von der EU-Kommission Daniel Pechler berichtet.

Seit dem Ukrainekrieg spielen die Preise an den internationalen Strombörsen verrückt.

Deswegen sind staatliche Beihilfen für Energieunternehmen für die EU-Kommission in Ordnung, sofern einige Regeln befolgt werden und der Wiener Schutzschirm erfüllt demnach alle Anforderungen.

Ab Mai kann die Wien-Energie auf 2 Milliarden Euro zurückgreifen, falls die Strompreise wieder explodieren sollten.

Das ist im Gemeinderat vor zwei Wochen beschlossen worden, allerdings mit viel Kritik von der Opposition, vor allem schwarz und blau, sprechen davon, dass der Kredit auf Kosten der Bevölkerung

laufen würde.

Die FPÖ überlegt deswegen sogar eine Anzeige bei der Finanzmarktaufsicht.

Die Wien-Energie hat bereits im vergangenen Sommer Hilfgelder von der Stadt und dem Bund gebraucht.

Die Notkredite von damals sind inzwischen zurückgezahlt worden.

Von Wien nach Klagen dort haben heute FPÖ und ÖVP eine Koalitionsvereinbarung für weitere fünf Jahre und erzeichnet inhaltlich, sprechen die neuen alten Koalitionspartner vor allem von einer Verpflichtung für nächste Generationen, etwa wenn es um den Ausbau erneuerbarer

Energie geht.

Noch sind das aber vor allem überschrieben, berichtet Horst Zattlecker.

Es bleibt also bei SPÖ und ÖVP in Kärnten mit Landeshauptmann Peter Kaiser und ÖVP Hauptmann Martin Gruber an der Spitze.

Der Koalitionsakt ist fixiert.

Es ist heute Vormittag allerdings eine halbstündige Präsentation vorwiegend von Schlagworten und Überschriften aus dem Regierungsprogramm.

Auch Journalisten fragen danach, bringen in vielen Bereichen wenig Klarheit.

Offen ist noch, wie die Vorhaben umgesetzt werden sollen.

Nicht endgültig geklärt ist auch, welches Regierungsmitglied für welche Bereiche verantwortlich sein wird.

Das müssten die beiden Parteien in den nächsten Tagen intern klären, heißt es heute.

Fix ist nur, dass die SPÖ die Agenten für Energie verliert.

Immer wieder hat es in der Vergangenheit Kritik, auch vom alten und neuen Koalitionspartner gegeben.

Es soll durch diese Roschade jedenfalls mehr Schwung in den Ausbau der erneuerbaren Energie kommen.

Die Kärnten liegt hier in vielen Bereichen im Österreich-Vergleich zurück.

Auch Windräder sollen gebaut werden und die Errichtung von Photovoltaikhandlagen auf speziell dafür vorgesehenen Freiflächen soll einfacher werden.

Ein weiterer Schwerpunkt soll die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Kärnten sein.

Verstärkt soll dabei auf die Chancen der künftigen Koalmbahn eingegangen werden.

Die Räder ist von einem neuen Wirtschaftsstandort süd.

Im Kampf gegen den Fachkräftemangel soll es eine Standortagentur für Arbeitskräfte geben.

So sollen Fachkräfte aus der Europäischen Union angezogen, aber auch ausgewanderte Kärntnerinnen und Kärntner zurückgeholt werden.

Der Osterhase kommt, zwei erst schon jetzt sind die heimischen Touristiker, aber mit der Buchungslage über Ostern weitgehend zufrieden.

Auch die Wintersaison dürfte recht gut gelaufen sein, berichtet Elng-Lemberger.

Viele Menschen wollten sich nach den schwierigen Corona-Jahren etwas gönnen und verreisen.

Auch die hohe Inflation halte viele nicht davon ab, sagt der Direktor von Winterismus Norbert Kettner.

Unseren Prognosen zufolge haben wir mindestens 70 Prozent Auslastung in Hotellerie, was ein sehr gutes Ergebnis ist.

Besonders gefragt sind derzeit auch Termenurlaube.

Für die Wintersportgebiete endet mit den Osterferien die Wintersaison.

Insgesamt zieht der Tourismus, ob man in der Wirtschaftskammer Robert Seeber eine positive Bilanz.

Großer Wermutstropfen für alle Betriebe seien die stark gestiegenen Energiepreise.

Unklar sei daher, wie viel Gewinn von den Umsätzen übrigbleibe, sagt Seeber.

Der Amsterdamer Flughafen muss vorerst die Zahl der Staats- und Landungen nicht reduzieren.

Das Verwaltungsgericht in Haarlem hat den entsprechenden Plänen der Regierung einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Diese wollte den Luftverkehr ab November einschränken, das Gericht hat aber fünf Fluggesellschaften recht gegeben und die entsprechende Anordnung aufgehoben, Volker Obermaier berichtet.

Die Regierung wollte die Zahl der Flüge von jetzt 500.000 schrittweise auf 440.000

Enken, um CO2-Ausstoß sowie Lärm zu verringern.

Dagegen hatten die Airlines geklagt.

Begründung, die Politik habe keine Alternative geprüft.

Die Unternehmen zeigen sich sicher, dass sie die Umweltbelastung bei gleichbleibender Flugzahl verringern können.

Auch argumentieren sie, dass die Reduzierung der Flüge gegen europäische Regeln verstoße.

Protest vonseiten der Airlines kommt im Zug einer anderen Maßnahme, die die Liberalkonservative Regierung plant.

Sie will bis spätestens Ende 2025 Nachtflüge sowie Privatjets verbieten.

Skippall nahe Amsterdam ist einer der wichtigsten Knotenpunkte im internationalen Luftverkehr.

Die Frostnächte der vergangenen Tage haben in Obstplantagen in Niederösterreich und der Steiermark bereits beträchtlichen Schaden angerichtet.

Betroffen sind vor allem die Marillenweiden berichtet.

In Wien wird aber auch mit Ernteaussfällen bei Äpfeln und vor allem Kirschen gerechnet, Daniel Pichler.

Immerhin 30 Tonnen Kirschen würde der größte Wiener Obstbauer in einem guten Jahr ernten.

Heuer rechnet Bernhard Schadbauer mit enormen Ausfällen.

Es sind so ungefähr 60 Prozent Ausfall.

Schauen wir mal, was noch kommt.

Wir sehen damals dann wirklich erst im Juni und Juli zur Ernte.

Er geht von weiteren Frostnächten aus.

Schützen kann Schadbauer seinen Kirschtblüten nur, indem er sie selbst einfriert.

Mit der Sprinklanlage werden die Bäume nass gemacht, damit sich ein Eismantel um die Blüten legt.

Innerhalb des Eismantels hat es immer um den Null Grad, dann verändert sich in der Blüte im Regelfall nicht viel.

Das geht aber nicht immer und nicht überall.

Deswegen wird es heuer auch deutlich weniger Wiener Äpfel geben.

Nicht oder kaum betroffen vom Frost sind bisher laut Landwirtschaftskammer in Wien die Getreidefelder

- die Feldfrüchte und der Wein.

Wegen der Trockenheit im Winter sind diese Pflanzen beim Austreiben noch hinten nach.

Die europäische Gesundheitsbehörde ECDC hat heute ihre Impfeempfehlungen für den

Herbst veröffentlicht.

Sie redet zu weiteren Impfkampagnen wie zuvor schon die Weltgesundheitsorganisation mit dem Fokus auf ältere und vorbelastete Personen, mehr von Barbara Reichmann.

Vor allem Menschen mit einem hohen Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf sollten eine Corona-Aufrichtungsimpfung erhalten.

Das sind Personen mit Vorerkrankungen und alle, die über 60 Jahre alt sind.

Das empfiehlt nun auch die europäische Gesundheitsbehörde ECDC und sie plädiert dafür, im Herbst weitere Impfkampagnen zu starten.

Denn mit jeder weiteren Corona-Welle steigert die Wahrscheinlichkeit, dass erkrankte ältere Menschen im Spital behandelt werden müssen.

Eine höhere Impfquote bei Personen über 60 Jahren könnte hingegen bis zu 30% der Krankenhauseinweisungen verhindern.

Für ältere Menschen ab 80 wird sogar eine zusätzliche Auffrischungsimpfung bereits im Frühjahr empfohlen, da bei ihnen die Schutzwirkung des Impfstoffes tendenziell am schnellsten nachlässt.

Die Meldungen jetzt Anselm per Peter.

Die Zahl der tödlichen Bergunfälle ist im Vorjahr gestiegen.

286 Menschen sind auf den österreichischen Bergen ums Leben gekommen, um 14 mehr als im Jahr davor.

Noch drastischer gestiegen ist die Zahl der Verletzten von 5.300 im Jahr 2021 auf mehr als 8.400.

Das Koratorium für Alpine Sicherheit weist aber darauf hin, dass es im Vergleichszeitraum 2021 coronabedingt ungewöhnlich wenig Skiunfälle gab.

Die britische Regierung will Flüchtlinge und andere Migranten übergangsweise auf Schiffen unterbringen.

Trotz scharfer Kritik, auch von konservativen Abgeordneten, wurde südwestlich von London ein erster Lastkern geliebt, der 500 Menschen Platz bieten soll.

Derzeit würden tausende Asylsuchende in Hotels untergebracht, sagt der britische Premier Rishi Sunak.

Das sei viel zu teuer.

Die europäische Polizeibehörde Europol hat eine der größten Hacker-Plattformen der Welt zerschlagen.

Ermittler aus 17 Ländern waren daran beteiligt, auch das Bundeskriminalamt.

Die Plattform namens Genesis Market hat massenhaft gestohlene Zugangsdaten und Schadsoftware verkauft.

Bei gleichzeitigem Einsetzen in 12 europäischen Ländern, den USA, Kanada und Australien wurden 119 Verdächtige festgenommen.

Afghanische Mitarbeiterinnen der Vereinten Nationen dürfen in Afghanistan ab sofort nicht mehr arbeiten.

Das radikalislamische Taliban-Regime hat nach UN-Angaben ein landesweites Arbeitsverbot für sie verhängt.

Die UNO spricht von einer inakzeptablen und unbegreiflichen Entscheidung, die schränke die fundamentalen Menschenrechte afghanischer Frauen ein, zu UN-Generalsekretär Antonio

Guterres.

Viele andere Hilfsorganisationen dürfen schon seit Dezember keine afghanischen Frauen mehr einstellen.

Italiens Ex-Premier Silvio Berlusconi ist in ein Spital in Mailand eingeliefert worden.

Der 86-Jährige wird dort wegen Herzkreislauf und Atembeschwerden mit Antibiotika behandelt.

Nach Angaben seiner Ärzte ist sein Zustand stabil.

Laut Medienberichten muss er die Nacht in der Klinik verbringen.

Schon vergangene Woche war Berlusconi vier Tage im Spital.

Studierende aus der Ukraine müssen in Österreich auch im kommenden Wintersemester keine Studiengebühren

zahlen.

Bildungsminister Martin Polaschek wird die entsprechende Ausnahmeregelung verlängern.

Die Universitäten und pädagogischen Hochschulen bekommen einen Kostenersatz von 1,8 Millionen Euro.

Die Billigfluglinie Ryanair erhöht die Dicketpreise im Sommer um 10 Prozent, das kündigt Ryanair Österreich-Chef Andreas Gruber im Kurier an.

Die Teil der Passagiere werde weiter steigen, gleichzeitig gäbe es aber weniger Flugkapazitäten und auch weniger Konkurrenz.

Das Wetter morgen am Gründonnerstag wird anfangs noch frostig, tagsüber bei eine Spur milder als zuletzt mit höchstwertend zwischen 4 und 13 Grad.

Vielen Dank.

Im Namen des gesamten Journalteams Martina Pechiller Regie und Gerhard Domian Technik verabschiedet sich Barbara Schieder.

Auf die Salomonen-Inseln geht's jetzt im Journal Panorama mit Astrid Plank.